Bundesgesetzblatt

717

Teil II

Z 1998 A

1967	Ausgegeben zu Bonn am 14. Januar 1967	Nr. 3

Tag	Inhalt	Seite
30. 12. 66	Siebzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1966 (Zollkontingent für Feinstzink)	717
4. 1. 67	Verordnung über die zeitweilige Zusammenlegung der Grenzabfertigung an Straßenübergängen an der deutsch-schweizerischen Grenze	718
25. 11. 66	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Israel über gegenseitige Rechtshilfe in Zollstrafsachen	719
9. 12. 66	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal	721
15. 12. 66	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls wegen Verbots des Gaskrieges (Fortgeltung für Gambia)	725
15. 12. 66	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzabkommens vom 18. September 1961 zum Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung im internationalen Luftverkehr	725
15. 12. 66	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen	726
20. 12. 66	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und der Vereinbarung über die Zusammenlegung der deutschen und niederländischen Grenzabfertigung im Straßenverkehr	727
20. 12. 66	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über einzelne Fragen der Schiffahrt und der Wasserstraßen	727
28. 12. 66	Berichtigung der Einundsiebzigsten Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1966	728

Siebzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1966 (Zollkontingent für Feinstzink)

Vom 30. Dezember 1966

Auf Grund des § 77 Abs. 1 Nr. 1 des Zollgesetzes vom 14. Juni 1961 (Bundesgesetzbl. I S. 737), zuletzt geändert durch das Siebente Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 30. August 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 542), verordnet die Bundesregierung, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages:

§ 1

Im Deutschen Zolltarif 1966 (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1605) in der zur Zeit geltenden Fassung wird der Anhang II (Zollkontingente) mit Wirkung vom 15. November 1966 nach Maßgabe der Anlage ergänzt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am dritten Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 30. Dezember 1966

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Familie und Jugend
Dr. Bruno Heck

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister für Wirtschaft
Schiller

Anlage
(zu § 1)

Folgendes Zollkontingent wird in den Anhang II aufgenommen:

Lfd. Nr.	Warenbezeichnung	Binnen-Zollsatz für 100 kg Eigengewicht	Außen-Zollsatz für 100 kg Eigengewicht		Griechenland-Zollsatz für 100 kg Eigengewicht
			allgemein	ermäßigt	
1	2	3	4	5	6
		DM	DM	DM	DM
74	Rohzink mit einem Gehalt an Zink von 99,995 Gewichtshundertteilen oder mehr (Feinstzink), aus Tarifnr. 79.01 – A, mit Ursprung außerhalb der Länder, denen gegenüber der Binnen-Zollsatz gilt (Vorbemerkungen B – I – a und B – I – b), 3 000 t vom 15. November 1966 bis 31. Dezember 1966, bei der Abfertigung zum freien Verkehr (§§ 35 bis 38 des Zollgesetzes), zum Herstellen von Ätzplatten, Messingdraht, Zinkbechern und Druckgußlegierungen im Zollgebiet bestimmt	– –	frei	– –	– –

Verordnung über die zeitweilige Zusammenlegung der Grenzabfertigung an Straßenübergängen an der deutsch-schweizerischen Grenze

Vom 4. Januar 1967

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 1. August 1962 zu dem Abkommen vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt (Bundesgesetzbl. 1962 II S. 877) wird verordnet:

§ 1

An der deutsch-schweizerischen Grenze wird die Grenzabfertigung von Waren an Straßenübergängen zeitweilig nach Maßgabe der Vereinbarung vom 6. Oktober 1966 zusammengelegt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 3 des Gesetzes vom 1. August 1962 zu dem Abkommen vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vereinbarung in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 4. Januar 1967

Der Bundesminister der Finanzen
Strauß

Vereinbarung über die zeitweilige Zusammenlegung der Grenzabfertigung an Straßenübergängen

Gestützt auf Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens vom 1. Juni 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Errichtung nebeneinanderliegender Grenzabfertigungsstellen und die Grenzabfertigung in Verkehrsmitteln während der Fahrt wird folgende Vereinbarung abgeschlossen:

Artikel 1

An den Straßenübergängen

a) Weil-Ost / Riehen-Weilstraße
b) Lörrach-Stetten / Riehen
c) Grenzacherhorn / Basel-Grenzacherstraße
d) Bad. Rheinfelden / Rheinfelden
e) Säckingen / Säckingerbrücke
f) Bad. Laufenburg / Laufenburg
g) Waldshut-Rheinbrücke / Koblenz
h) Erzingen / Trasadingen
i) Stühlingen / Schleitheim
k) Neuhaus / Bargen
l) Bietingen / Thayngen
m) Rielasingen / Ramsen
n) Konstanz-Paradieser Tor / Tägerwilen

kann die Grenzabfertigung von Waren zeitweilig zusammengelegt werden. Die Bediensteten des Nachbarstaates können, soweit hierfür im einzelnen Fall ein besonderes Bedürfnis besteht, die Grenzabfertigung oder bestimmte Grenzabfertigungshandlungen im Gebietsstaat vornehmen.

Artikel 2

Die Zone ist der Amtsplatz (Teile der Straße, die Dienstgebäude und der sonstigen Anlagen) der Grenzabfertigungsstelle des Gebietsstaates, soweit und solange Bedienstete des Nachbarstaates die Grenzabfertigung dort vornehmen.

Artikel 3

(1) Die Oberfinanzdirektion Freiburg i. Br. und die jeweils zuständige schweizerische Zollkreisdirektion legen im gegenseitigen Einvernehmen die Einzelheiten fest.

(2) Die diensttuenden ranghöchsten Zollbediensteten der beiderseitigen Grenzabfertigungsstellen bestimmen im gegenseitigen Einvernehmen, ob und inwieweit die Grenzabfertigung gemäß Artikel 1 zusammengelegt wird.

Artikel 4

(1) Diese Vereinbarung wird gemäß Artikel 1 Absatz 4 des Abkommens vom 1. Juni 1961 durch Austausch diplomatischer Noten bestätigt und in Kraft gesetzt.

(2) Die Vereinbarung kann auf diplomatischem Wege unter Einhaltung einer Frist von 6 Monaten je auf den ersten Tag eines Monats gekündigt werden.

GESCHEHEN in Meersburg, am 6. Oktober 1966 in doppelter Urschrift in deutscher Sprache.

Für die Bundesminister der Finanzen und des Innern
der Bundesrepublik Deutschland
Dr. K. Zepf

Für die zuständigen
obersten schweizerischen Behörden
Lenz

Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Israel über gegenseitige Rechtshilfe in Zollstrafsachen

Vom 25. November 1966

In Bonn ist durch Notenwechsel vom 11./17. Mai und 26. April/19. September 1966 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Staates Israel eine Vereinbarung über gegenseitige Rechtshilfe in Zollstrafsachen getroffen worden.

Die Vereinbarung ist am 17. Mai 1965 in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 25. November 1966

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Carstens

Mission d'Israel
– LS 375 –

Verbalnote

Die Israel-Mission beehrt sich, dem Auswärtigen Amt mit Bezug auf seine Verbalnote vom 5. 3. 1965 – V 4 – 80. SL 2 – 92. 19 – folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Die Israel-Mission ist ermächtigt, der Bundesregierung mitzuteilen, daß die Zollverwaltung des Staates Israel der Zollverwaltung der Bundesrepublik Deutschland über den Rahmen der Nr. 3 Buchst. a der Empfehlung des Rates über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens vom 5. Dezember 1953*) hinaus Rechtshilfe in Strafsachen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze in dem gleichen Umfange gewähren wird, in dem die Zollverwaltung der Bundesrepublik solche Rechtshilfe der Zollverwaltung des Staates Israel leistet. Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze sind die in der Fußnote (1) zur Empfehlung vom 5. Dezember 1953 genannten Zuwiderhandlungen.

Die Israel-Mission wäre dem Auswärtigen Amt dankbar, wenn es den Inhalt dieser Note bestätigen und die gegenseitige Verpflichtung zur Gewährung von Rechtshilfe gemäß dem Inhalt dieser Note anerkennen würde.

Die Israel-Mission benutzt diesen Anlaß, dem Auswärtigen Amt erneut ihre ausgezeichnete Hochachtung zu versichern.

Köln, den 11. Mai 1965
L. S.

An das
Auswärtige Amt
53 Bonn

Auswärtiges Amt
V 4 – 80. SL 2 – 92. 19

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Israel-Mission den Empfang ihrer Verbalnote vom 11. Mai 1965 – LS 375 –, welche folgenden Inhalt hat, zu bestätigen:

„Die Israel-Mission ist ermächtigt, der Bundesregierung mitzuteilen, daß die Zollverwaltung des Staates Israel der Zollverwaltung der Bundesrepublik Deutschland über den Rahmen der Nr. 3 Buchst. a der Empfehlung des Rates über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens vom 5. Dezember 1953 hinaus Rechtshilfe in Strafsachen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze in dem gleichen Umfange gewähren wird, in dem die Zollverwaltung der Bundesrepublik solche Rechtshilfe der Zollverwaltung des Staates Israel leistet. Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze sind die in der Fußnote (1) zur Empfehlung vom 5. Dezember 1953 genannten Zuwiderhandlungen."

Das Auswärtige Amt ist ermächtigt, der Israel-Mission mitzuteilen, daß die Bundesregierung die gegenseitige Verpflichtung zur Gewährung von Rechtshilfe gemäß dem Inhalt der Verbalnote vom 11. Mai 1965 anerkennt.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Israel-Mission erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 17. Mai 1965
L. S.

An die
Israel-Mission

*) s. Bekanntmachung vom 17. Dezember 1959 (Bundesgesetzbl. II S. 1500).

Auswärtiges Amt
V 4 – 80. SL 5 – 92. 19

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft des Staates Israel unter Bezugnahme auf die Verbalnote der früheren Israel-Mission vom 11. Mai 1965 – LS 375 – und die Verbalnote des Auswärtigen Amts vom 17. Mai 1965 zur Kenntnis zu bringen, daß die Verpflichtung zur Gewährung von Rechtshilfe gemäß dem Inhalt der Noten vom 11./17. Mai 1965 mit Wirkung von dem Tag, an dem sie für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten ist, auch für das Land Berlin gilt.

Das Auswärtige Amt wäre dankbar, wenn die Botschaft des Staates Israel den Inhalt dieser Note bestätigte.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Botschaft des Staates Israel erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bonn, den 26. April 1966
L. S.

An die
Botschaft des Staates Israel

Ambassade d'Israel

Verbalnote

Die Botschaft des Staates Israel beehrt sich, den Inhalt der Verbalnote des Auswärtigen Amtes Nr. V 4 – 80. SL 5 – 92. 19 vom 26. 4. 1966 zu bestätigen.

Die Botschaft des Staates Israel benutzt diesen Anlaß, dem Auswärtigen Amt erneut seine ausgezeichnete Hochachtung zu versichern.

Bad Godesberg, den 19. 9. 1966
L. S.

An das
Auswärtige Amt
53 Bonn

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal

Vom 9. Dezember 1966

In Lissabon ist am 22. Oktober 1965 das Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal unterzeichnet worden.

Das Abkommen, das nach seinem Artikel 14

am 29. Dezember 1966

in Kraft tritt, wird nachstehend veröffentlicht.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 29. November 1966 ausgetauscht worden.

Bonn, den 9. Dezember 1966

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Lahr

Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal

Acordo cultural entre Portugal e a República Federal da Alemanha

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
PORTUGAL

IN DEM WUNSCH, in beiden Ländern durch freundschaftliche Zusammenarbeit und kulturellen Austausch das Verständnis für Kultur und Geistesleben des anderen Volkes sowie seine Lebensform zu fördern

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

(1) Jede der Hohen Vertragsparteien wird bestrebt sein, kulturelle Einrichtungen des anderen Landes im Rahmen der geltenden Bestimmungen und unter von beiden Vertragsparteien zu vereinbarenden Bedingungen zuzulassen und zu fördern.

(2) Die Vertragsparteien werden bemüht sein, die Gründung und die Tätigkeit deutsch-portugiesischer Gesellschaften und anderer Organisationen, die den Zielen dieses Abkommens dienen, zu fördern.

(3) „Kulturelle Einrichtungen" im Sinne des Absatzes 1 sind insbesondere Schulen, wissenschaftliche und kulturelle Anstalten, Bibliotheken sowie Film- und Musikarchive.

Artikel 2

(1) Die Vertragsparteien werden bemüht sein, zwischen ihren Ländern den Austausch von Hochschullehrern, Lehrern aller Schularten, Wissenschaftlern und sonst auf kulturellem Gebiet tätigen Personen sowie von Studenten, Praktikanten und Jugendlichen zu fördern.

(2) Die Vertragsparteien werden bemüht sein, durch Einladungen oder Beihilfen Besuche von Einzelpersonen oder Gruppen zum Zwecke des Ausbaus der kulturellen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu fördern.

Artikel 3

Jede Vertragspartei wird bemüht sein, Studenten aus dem anderen Lande die Zulassung zu ihren Bildungseinrichtungen im Rahmen der geltenden Bestimmungen zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang wird jede Vertragspartei erwägen, inwieweit und unter welchen Bedingungen akademische Grade und Hochschulzeugnisse des einen Landes als den entsprechenden Graden und Hochschulzeugnissen des anderen Landes für akademische Zwecke gleichwertig anerkannt werden.

PORTUGAL
e
A REPÚBLICA FEDERAL DA ALEMANHA

NO DESEJO de fomentar em cada um dos países a expansão da cultura e o conhecimento dos valores espirituais e da vida do outro país, por meio de intercâmbio e colaboração amigável;

ACORDARAM NO SEGUINTE:

Artigo 1º.

1) Cada uma das Altas Partes Contratantes procurará autorizar a criação e o funcionamento de institutos de carácter cultural da outra Parte, de harmonia com a respectiva legislação vigente e segundo as condições a estipular entre ambas.

2) As Altas Partes Contratantes diligenciarão facilitar a constituição e as actividades de associações luso-alemãs e de outros organismos que sirvam os objectivos do presente Acordo.

3) Para os fins do parágrafo 1 deste Artigo consideram-se "institutos culturais" em particular as escolas, os estabelecimentos científicos e culturais, as bibliotecas, e ainda os arquivos de filmes e de documentação musical.

Artigo 2º.

1) As Altas Partes Contratantes diligenciarão promover a troca de professores de todos os graus de ensino, de cientistas e, em geral, de individualidades ligadas à vida cultural, assim como de estudantes e estagiários com o fim de contribuir para o seu aperfeiçoamento técnico.

2) As Altas Partes Contratantes procurarão, através de convites ou subsídios, estimular as visitas individuais ou em grupos, com o fim de desenvolver a colaboração cultural entre os dois países.

Artigo 3º.

Cada uma das Altas Partes Contratantes diligenciará permitir a admissão dos estudantes universitários da outra Parte nos seus estabelecimentos de ensino, de harmonia com a respectiva legislação vigente. Cada uma das Altas Partes Contratantes considerará em que medida e condições pode conceder, para fins académicos, equiparação de títulos e diplomas universitários.

Artikel 4

Jede Vertragspartei wird bemüht sein, Stipendien zu schaffen, um ihren Staatsangehörigen bei Vorliegen der Studienvoraussetzungen die Aufnahme oder die Weiterführung von Studien im Land der anderen Vertragspartei und Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei bei Vorliegen der Studienvoraussetzungen die Aufnahme oder Weiterführung von Studien in dem Lande, das die Stipendien gewährt, zu ermöglichen.

Artigo 4º.

Cada uma das Altas Partes Contratantes procurará conceder bolsas de estudo que permitam aos seus nacionais devidamente habilitados iniciar ou prosseguir estudos no outro país, e aos nacionais da outra Parte Contratante, que igualmente disponham das necessárias habilitações, iniciar ou prosegui estudos no país que confere a bolsa.

Artikel 5

Die Vertragsparteien werden bestrebt sein, dafür zu sorgen, daß die Lehrbücher ihrer Anstalten nichts enthalten, was dem Lernenden eine unrichtige Vorstellung von der Geschichte, dem Lebensstil und der Kultur des anderen Volkes vermitteln könnte.

Artigo 5º.

As Altas Partes Contratantes esforçar-se-ão por que os livros escolares usados nos seus estabelecimentos de ensino não contenham textos que possam dar aos estudantes uma noção inexacta da história e dos valores culturais e da vida do outro povo.

Artikel 6

Jede Vertragspartei wird bestrebt sein, in ihrem Land das Erlernen der Sprache des anderen Landes im Rahmen des Möglichen zu fördern.

Artigo 6º.

Cada uma das Altas Partes Contratantes procurará intensificar no respectivo país, na medida do possível, o estudo da língua do outro.

Artikel 7

Jede Vertragspartei wird im Rahmen des Möglichen an den Universitäten und Hochschulen die Gründung von Instituten und Lektoraten zum Zweck des Studiums der Sprache, der Literatur und der Geschichte der anderen Vertragspartei unterstützen.

Artigo 7º.

Cada uma das Altas Partes Contratantes auxiliará na medida do possível, a criação de Institutos, Leitorados para o estudo da língua, da literatura e da história da outra Parte nas suas Universidades e escolas superiores.

Artikel 8

Die Vertragsparteien werden bemüht sein, sich gegenseitig dazu zu unterstützen, in ihrem Lande eine bessere Kenntnis von der Kultur und den Lebensformen des anderen Landes zu vermitteln, insbesondere durch

a) die Verbreitung von Büchern, Zeitschriften, Veröffentlichungen und Reproduktionen von Kunstwerken,
b) Kunst- und andere Ausstellungen,
c) Konzerte und künstlerische Darbietungen,
d) Vorträge,
e) Theateraufführungen,
f) Rundfunkübertragungen, Filmvorführungen, Schallplatten- und Tonbandaufnahmen und alle anderen zweckdienlichen technischen Hilfsmittel,
g) Sonderveranstaltungen.

Artigo 8º.

As Altas Partes Contratantes procurarão ajudar-se recíprocamente a difundir em cada um dos países um conhecimento mais completo dos valores culturais e da vida do outro, especialmente por meio de:

a) — Divulgação de livros, revistas, publicações e reproduções de obras de arte;
b) — Exposições de arte e outras;
c) — Concertos e outras manifestações artísticas;
d) — Conferências;
e) — Espectáculos teatrais;
f) — Emissões radiofónicas, exibições de filmes, discos e gravações em fita magnética, e bem assim por outros processos técnicos apropriados.

Artikel 9

(1) Jede Vertragspartei wird bemüht sein, nach Maßgabe ihrer gesetzlichen Bestimmungen die Einfuhr des für die Zwecke dieses Abkommens erforderlichen, nicht zum Wiederverkauf bestimmten Materials (z. B. Bilder und andere Ausstellungsgegenstände, Bücher, Filme und Schallplatten) in ihr Hoheitsgebiet aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu fördern.

(2) Jede Vertragspartei wird bemüht sein, nach Maßgabe ihrer gesetzlichen Bestimmungen die Einfuhr des ausschließlich für die Arbeit der in Artikel 1 erwähnten kulturellen Einrichtungen benötigten Materials (z. B. Rundfunkgeräte, Vorführapparate, Schallplatten, Filme, Bücher, Zeitschriften, Lehr- und Lernmittel) in ihr Hoheitsgebiet aus dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu erleichtern.

Artigo 9º.

1) Cada uma das Altas Partes Contratantes procurará facilitar no seu território, de harmonia com a respectiva legislação, a importação, não destinada a revenda, de todo o material proveniente do território da outra Parte e que fôr necessário à realização dos objectivos deste Acordo, tal como quadros e outros objectos de exposição, livros, filmes e discos.

2) Cada uma das Altas Partes Contratantes procurará facilitar, de harmonia com a respectiva legislação, a importação no seu território do material proveniente do território da outra Parte destinado ao uso exclusivo dos institutos culturais mencionados no Artigo 1º., tal como receptores de rádio, aparelhos de projecção, discos, filmes, livros, revistas e material didáctico.

Artikel 10

(1) Zur Erteilung von Anregungen und Empfehlungen und zur Beratung der Vertragsparteien wird ein aus sechs

Artigo 10º.

1) Será constituida uma Comissão Mista Permanente luso-alemã, composta de seis membros e encarregada de

Mitgliedern bestehender Ständiger Gemischter Deutsch-Portugiesischer Ausschuß gebildet.

(2) Die drei deutschen Mitglieder werden vom Bundesminister des Auswärtigen im Benehmen mit den beteiligten Bundesministern und den Kultusministern der Länder der Bundesrepublik Deutschland ernannt. Die drei portugiesischen Mitglieder werden von dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Minister für Nationale Erziehung ernannt.

(3) Der Ständige Gemischte Ausschuß tritt nach Bedarf, nach Möglichkeit aber alle zwei Jahre, abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in Portugal zusammen. Den Vorsitz führt ein Mitglied des Gastlandes.

(4) Der Ständige Gemischte Ausschuß kann zu seinen Sitzungen Sachverständige als Berater hinzuziehen.

Artikel 11

Unter deutschen Staatsangehörigen sind Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, unter portugiesischen Staatsangehörigen Portugiesen im Sinne der portugiesischen Staatsangehörigkeitsgesetze zu verstehen.

Artikel 12

Die Bestimmungen dieses Abkommens können die Anwendung von im Hoheitsgebiet einer jeden Vertragspartei geltenden Gesetzen und Vorschriften betreffend die Einreise, den Aufenthalt und die Ausreise von Ausländern nicht beeinträchtigen.

Artikel 13

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Portugiesischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieses Abkommen kann nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten jederzeit schriftlich gekündigt werden; es tritt sechs Monate nach seiner Kündigung außer Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Vertreter der deutschen und der portugiesischen Regierung diesen Vertrag unterschrieben.

GESCHEHEN zu Lissabon am 22. Oktober 1965 in zwei Urschriften in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Dr. Herbert Schaffarczyk

Für Portugal
Dr. Franco Nogueira

apresentar sugestões, recomendações e conselhos às Partes Contratantes.

2) Os três membros portugueses serão nomeados pelo Ministro dos Negócios Estrangeiros ouvido o Ministro da Educação Nacional. Os três membros alemães serão nomeados pelo Ministro Federal dos Negócios Estrangeiros, ouvidos os Ministros Federais interessados e os Ministros da Cultura dos "Länder" da República Federal da Alemanha.

3) A Comissão Mista Permanente reunir-se-á sempre que necessário mas, salvo resolução em contrário, pelo menos de dois em dois anos, alternadamente em Portugal e na República Federal da Alemanha. A presidência da reunião cabe a um nacional do país em que a mesma se efectuar.

4) A Comissão Mista Permanente poderá convocar peritos para as suas reuniões na qualidade de conselheiros.

Artigo 11º.

Consideram-se cidadãos portugueses as pessoas como tal definidas pela legislação portuguesa sobre nacionalidade; e cidadãos alemães as pessoas abrangidas pelo Artigo 116º., parágrafo 1, da Constituição da República Federal da Alemanha.

Artigo 12º.

As disposições do presente Acordo não prejudicarão a aplicação das leis e regulamentos em vigor no território de cada um dos dois países, relativamente à entrada, residência e saída de estrangeiros.

Artigo 13º.

O presente Acordo aplicar-se-á também ao "Land" de Berlim se o Governo da República Federal da Alemanha, no prazo de três meses contado do dia da sua entrada em vigor, não informar do contrário o Governo português.

Artigo 14º.

1) O presente Acordo será ratificado, devendo os instrumentos de ratificação ser trocados em Bonn, com a maior brevidade possível.

2) O presente Acordo entrará em vigor um mês após a troca dos instrumentos de ratificação.

3) O presente Acordo poderá ser denunciado, por escrito, em qualquer altura depois de decorridos cinco anos sobre a data da sua entrada em vigor e deixará de vigorar seis meses após a notificação da denúncia.

EM FÉ DO QUE, os representantes do Governo Português e do Governo Alemão, devidamente autorizados, assinaram o presente Acordo.

FEITO em Lisboa, aos vinte e dois dias do mês de Outubro de mil novecentos e sessenta e cinco, em dois exemplares, nas línguas portuguesa e alemã, fazendo igualmente fé ambos os textos.

Por Portugal
Dr. Franco Nogueira

Pela República Federal da Alemanha
Dr. Herbert Schaffarczyk

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls wegen Verbots des Gaskrieges (Fortgeltung für Gambia)

Vom 15. Dezember 1966

Gambia hat am 11. Oktober 1966 erklärt, daß es sich an das durch das Vereinigte Königreich ratifizierte Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. September 1930 (Reichsgesetzbl. II S. 1216) und vom 4. November 1966 (Bundesgesetzbl. II S. 1521).

Bonn, den 15. Dezember 1966

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Lahr

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzabkommens vom 18. September 1961 zum Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung im internationalen Luftverkehr

Vom 15. Dezember 1966

Das in Guadalajara am 18. September 1961 unterzeichnete Zusatzabkommen zum Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung im internationalen Luftverkehr (Bundesgesetzbl. 1963 II S. 1159) ist nach seinem Artikel XIII Abs. 1 für

die Philippinen am 4. Juli 1966

und nach seinem Artikel XIV Abs. 2 für

Kolumbien am 31. Juli 1966

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 13. Juni 1966 (Bundesgesetzblatt II S. 543).

Bonn, den 15. Dezember 1966

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Lahr

Bekanntmachung über den Geltungsbereich der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen

Vom 15. Dezember 1966

Das I. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde,

das II. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See,

das III. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Behandlung der Kriegsgefangenen und

das IV. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
(Bundesgesetzbl. 1954 II S. 781) sind

für Korea am 16. August 1966

in Kraft getreten, und zwar in Anwendung der Artikel 62, 61, 141 und 157 der jeweiligen Abkommen.

Korea hat bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgende Erklärung abgegeben:

(englische Übersetzung)

ad article 118 of the Geneva Convention relative to the Treatment of Prisoners of War:

"The Republic of Korea interprets the provisions of Article 118, paragraph 1, as not binding upon a Power detaining prisoners of war to forcibly repatriate its prisoners against their openly and freely expressed will."

ad article 68 of the Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in time of War:

"The Republic of Korea reserves the right to impose the death penalty in accordance with the provisions of Article 68, paragraph 2, without regard to whether the offences referred to therein are punishable by death under the law of the occupied territory at the time the occupation begins."

AND, FURTHERMORE, the Government of the Republic of Korea do hereby declare that it is the only lawful Government in Korea as set forth in General Assembly Resolution No. 195 (III) of 12 December 1948, and its accession to the present Convention shall not be construed as recognizing any Contracting Party thereto which the Republic of Korea has not hitherto recognized.

(Übersetzung)

Zu Artikel 118 des Genfer Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen:

„Die Republik Korea legt Artikel 118 Absatz 1 nicht so aus, als verpflichte er einen Gewahrsamsstaat, Kriegsgefangene gegen ihren offen und frei geäußerten Willen zwangsweise heimzuschaffen."

Zu Artikel 68 des Genfer Abkommens zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten:

„Die Republik Korea behält sich das Recht vor, die Todesstrafe nach Artikel 68 Absatz 2 ohne Rücksicht darauf zu verhängen, ob für die darin erwähnten strafbaren Handlungen nach dem zu Beginn der Besetzung geltenden Recht des besetzten Gebietes die Todesstrafe vorgesehen war."

FERNER erklärt die Regierung der Republik Korea hiermit, daß sie auf Grund der Entschließung Nr. 195 (III) der Generalversammlung vom 12. Dezember 1948 die einzige rechtmäßige Regierung in Korea ist; ihr Beitritt zu diesem Abkommen ist nicht als Anerkennung einer Vertragspartei des Abkommens auszulegen, welche von der Republik Korea bisher nicht anerkannt worden ist.

Die Zentralafrikanische Republik hat am 23. Juli 1966

erklärt, daß sie sich an die von Frankreich ratifizierten vier Rotkreuz-Abkommen gebunden betrachtet. Die Zentralafrikanische Republik ist somit Vertragspartei der vier Genfer Rotkreuz-Abkommen.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Mai 1966 (Bundesgesetzbl. II S. 435).

Bonn, den 15. Dezember 1966

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Lahr

Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und der Vereinbarung über die Zusammenlegung der deutschen und niederländischen Grenzabfertigung im Straßenverkehr

Vom 20. Dezember 1966

Auf Grund des § 3 Abs. 3 der Verordnung vom 1. Dezember 1966 über die Zusammenlegung der deutschen und niederländischen Grenzabfertigung im Straßenverkehr (Bundesgesetzbl. II S. 1514) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Verordnung nach ihrem § 3 Abs. 1

am 19. Dezember 1966

in Kraft getreten ist.

Am gleichen Tage ist auf Grund des Notenwechsels vom 8./9. Dezember 1966 die Vereinbarung vom 28. September/31. Oktober 1966 über die Zusammenlegung der deutschen und niederländischen Grenzabfertigung im Straßenverkehr (Bundesgesetzblatt II S. 1515) in Kraft getreten.

Bonn, den 20. Dezember 1966

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Grund

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Dr. Schäfer

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über einzelne Fragen der Schiffahrt und der Wasserstraßen

Vom 20. Dezember 1966

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 26. August 1966 zu dem Vertrag vom 9. Juni 1965 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über einzelne Fragen der Schiffahrt und der Wasserstraßen (Bundesgesetzbl. 1966 II S. 761) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 13

am 2. Dezember 1966

in Kraft getreten ist.

Der Regierung des Königreichs Dänemark ist mit Note der Deutschen Botschaft in Kopenhagen vom 2. November 1966 mitgeteilt worden, daß die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrags in der Bundesrepublik Deutschland erfüllt sind.

Bonn, den 20. Dezember 1966

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz

Berichtigung der Einundsiebzigsten Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1966

Vom 28. Dezember 1966

Die Einundsiebzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1966 (Angleichungszölle — 5. Neufestsetzung) vom 30. November 1966 (Bundesgesetzbl. II S. 1482) ist wie folgt zu berichtigen:

In der Anlage zu § 1 ist in der Nummer 4 bei den Tarifstellen

19.08 - B - I - a - 7 - a - 1
19.08 - B - I - a - 7 - a - 2
19.08 - B - I - a - 7 - a - 3
19.08 - B - I - a - 7 - b
19.08 - B - I - b
19.08 - B - II - a - 3
19.08 - B - II - b
19.08 - B - III

in der Spalte 5 (ermäßigter Außen-Zollsatz) die Angabe „35" jeweils durch einen Strich zu ersetzen.

Der Bundesminister der Finanzen
Im Auftrag
Dr. Laubereau

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m.b.H., Bonn/Köln. — Druck: Bundesdruckerei
Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. In Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Bezugsbedingungen für Teil III durch den Verlag. Bezugsbedingungen für Teil I und II: Laufender Bezug nur durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich für Teil I und Teil II je DM 8,50. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten DM 0,40 gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt" Köln 3 99 oder nach Bezahlung auf Grund einer Vorausrechnung. Preis dieser Ausgabe DM 0,40 zuzüglich Versandgebühr DM 0,15.